

Aktuelle Stunde zum Bundesweiten Bildungsstreik am 18. Juni 2009

Christel Humme (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen!
Wenn 240 000 Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten auf die Straße gehen, eine Aktionswoche ausrufen und uns zu Recht fragen: „Was wird aus mir? Was wird aus unseren Bildungschancen?“, dann haben sie ein Recht darauf, konkrete Antworten zu bekommen, Frau Pieper und Herr Müller.

Sie von der Linkspartei betreiben die übliche Schwarz-Weiß-Malerei, tun so, als ob nur Sie wüssten, in welche Richtung es gehen muss. Das ist unglaublich, und das nehmen Ihnen die jungen Leute auch nicht ab, ebenso wenig wie die Überschrift, die Sie für die heutige Aktuelle Stunde gewählt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Stefan Müller [Erlangen]
[CDU/CSU]: Bis jetzt war das, was Sie gesagt haben, gut!)

– Herr Müller, Sie behaupten, Sie nähmen die Studentinnen und Schülerinnen, die Studenten und Schüler ernst.
Wie können Sie dann behaupten, da wird Stimmung gemacht?

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Die Linken!)

Wie können Sie behaupten, dass es den Schülerinnen und Schülern und den Studentinnen und Studenten nicht um Bildung geht, sondern um Party? Damit sprechen Sie ihnen die Ernsthaftigkeit ab, nehmen sie nicht ernst.

(Monika Grütters [CDU/CSU]: Das tun sie teilweise selber nicht! Er hat das zitiert! Das war nicht seine Erfindung! – Gegenruf des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Das liest sich in der Süddeutschen Zeitung ganz anders!)

Das sollte man auf keinen Fall tun.
Frau Hirsch, ich weiß nicht, wo Sie die letzten Jahre waren. Ich sage für die SPD-Bundestagsfraktion ganz stolz: Ohne die SPD hätte es in der bildungspolitischen Landschaft in den letzten Jahren keinen frischen Wind gegeben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

keine Ganztagschulen, keinen Kitausbau, nicht mehr

Studienplätze, keine Sanierung von Kitas, Schulen und Hochschulen und keine Fortsetzung der Hochschul- und Wissenschaftsinitiative, vor allen Dingen aber keine zweimalige Erhöhung des BAföGs. Das hat die SPD durchgesetzt. Das waren keine Sonntagsreden, das waren unsere konkreten Antworten auf notwendige Verbesserungen in der Bildungslandschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Allein haben Sie das nicht beschließen können!)

Klar ist, Frau Pieper – andere haben das auch gesagt –: Wir stehen vor großen Herausforderungen. Unser Bildungssystem ist nach wie vor unterfinanziert. Wir brauchen mehr Geld. Wir haben nach wie vor ein Bildungssystem, das ausgrenzt, höchst selektiv ist, viel zu undurchlässig ist und wenn, dann nur von oben nach unten, nicht aber von unten nach oben.

Schauen wir uns die Forderungen der Protestbewegung konkret an! Ich möchte gerne fünf Punkte aufgreifen, die zu diesen Forderungen gehören.

Erstens. Die jungen Leute warnen davor, Bildung nur noch unter ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten.

– Ja, Bildung ist mehr als ein ökonomisches Gut.

Wir sagen: Bildung ist ein Menschenrecht, ein Wert an sich. Es geht dabei um Lebenschancen und Teilhabe. Insofern teilen wir die Auffassung der jungen Menschen voll und ganz.

Zweitens. Die jungen Menschen warnen vor einer zunehmenden Privatisierung der Bildung. – Sie haben recht damit. Die Verkürzung der Schulzeit an den Gymnasien – schauen wir uns das einmal an! – führt dazu, dass die Eltern immer mehr Geld für Nachhilfeunterricht ausgeben. Eine Studie belegt, dass bis zu 3 Milliarden Euro pro Jahr für Nachhilfe ausgegeben werden. Wenn das der Fall ist, dann ist mit unserem Bildungssystem etwas nicht in Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Drittens. Die jungen Leute fordern, dass Bildung eine öffentliche Aufgabe bleibt. – Auch dem stimmen wir zu.

Es ist die Aufgabe des Staates, für ausreichende Kitaplätze, gute Schulen und offene Hochschulen zu sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das gilt – keine Frage – auch für die Ausgestaltung von Bachelor und Master. Da müssen wir gegenüber der Kultusministerkonferenz den Anspruch haben, dass kontrolliert wird, was gut ist und was schlecht ist, und dass die Hausaufgaben gemacht werden.

Es bleibt natürlich die Aufgabe des Staates, für den sozialen Ausgleich zu sorgen. Darum denke ich, dass der vierte Punkt sehr wichtig ist. Die jungen Leute fordern, keine Studiengebühren zu erheben.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt kein unsozialeres Ausschlusskriterium als Studiengebühren.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Das ist Quatsch! Warum steigen dann die Studierendenzahlen?)

Darum gibt es in keinem SPD-regierten Land allgemeine Studiengebühren.

(Beifall bei der SPD)

Der fünfte und letzte Punkt, den ich erwähnen möchte, ist die finanzielle Ausstattung, die Sie ja auch schon angesprochen haben, Frau Pieper. Die jungen Leute sagen: Wir brauchen mehr Geld und mehr Bildungsinvestitionen. – Dem können wir voll zustimmen. Wir haben das 10-Prozent-Ziel. 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wollen wir zukünftig für Bildung und Forschung ausgeben.

(Cornelia Pieper [FDP]: Wir auch!)

Das ist eine Riesenkraftanstrengung, vor allen Dingen unter den gegebenen Bedingungen der Krise; das ist überhaupt keine Frage.

(Cornelia Pieper [FDP]: Richtig!)

Deshalb kann ich es überhaupt nicht verstehen – das sage ich in Richtung der rechten Seite des Hauses –, dass man die Forderung stellt, die Steuern stärker zu senken. Das ist für mich an dieser Stelle völlig unverständlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie des Abg. Volker
Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE])

Ich glaube, wir haben ein viel besseres Konzept. Wir sagen: Wenn mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, dann muss dies mit einem Bildungssoli auch gerecht finanziert werden. – Das ist unsere Antwort auf die Forderung, mehr Geld in die Bildung zu investieren.

(Cornelia Pieper [FDP]: Dafür braucht man Steuereinnahmen, und damit hat man auch

mehr Geld für die Bildung!)

Ich komme zum Schluss. – Ich denke, wir sollten die Jugendlichen, die auf der Straße sind und viele Fragen haben, tatsächlich ernst nehmen. Wir sollten ihnen Antworten geben. Unsere Antworten heißen: mehr Bildungsinvestitionen, die gerecht finanziert sind, keine Studiengebühren, weniger Privatisierung und mehr staatliche Verantwortung. – Ich denke, das sind richtige und konkrete sozialdemokratische Antworten.
Schönen Dank.
(Beifall bei der SPD)